

Japans Regierung versucht, verheiratete Frauen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen

Der Mangel an Arbeitskräften verschärft sich – auch weil das Land bei der Gleichstellung weltweit hinterherhinkt

SONJA BLASCHKE, TOKIO

Die japanische Verlagsangestellte Sayaka Osakabe war Mitte dreissig, als sie zum ersten Mal schwanger wurde. Es ging ihr schlecht, und im Büro war die Hölle los. Bald verlor sie das Kind. Die zweite Schwangerschaft ein halbes Jahr später lief nicht besser. Der Arzt schrieb sie krank und riet ihr dringend, sich eine Weile zu schonen. Nach einer Woche besuchte ihr Chef sie zu Hause. Ihre Abwesenheit sorgte für Probleme, sagte er. Kind und Karriere, gleich beides zu wollen, sei gierig. Osakabe ging wieder arbeiten. Sie verlor das Ungeborne erneut. Da kündigte sie.

Seither ist ein Jahrzehnt vergangen. Osakabes Geschichte erschütterte damals die Öffentlichkeit, gerade weil sich so viele arbeitende Frauen darin wiedererkennen. Unter Festangestellten war laut Umfragen des japanischen Gewerkschaftsverbandes Rengo jede fünfte (werdende) Mutter von Diskriminierung betroffen, unter Zeitarbeitskräften jede vierte. Auch heute ist Japan nicht gerade als Land der Gleichstellung bekannt. Im Gender-Gap-Ranking des Weltwirtschaftsforums vom Juni fiel Japan um neun Plätze auf Rang 125 von 146 Ländern – ein Negativrekord und der niedrigste Rang in der Region Asien-Pazifik. Während Japan beim Zugang zum Gesundheitswesen und in der Bildung gut abscheidet, schubst die grosse Gehaltslücke Japan in der Wirtschaft auf Platz 123.

Wenig Chefinnen

Ministerpräsident Fumio Kishida versucht gegenzusteuern: Seit 1. August müssen zum Beispiel Firmen mit über 300 Angestellten geschlechtspezifische Unterschiede bei der Bezahlung offenlegen. Im April erklärte Kishida, 30 Prozent der Führungspositionen in grossen Unternehmen bis 2030 mit Frauen besetzen zu wollen. Dasselbe Ziel hatte der langjährige Regierungschef Shinzo Abe allerdings schon bis 2020 erreichen wollen. Doch trotz Schlagwörtern wie «womenomics», die der Frauenförderung immerhin mehr Aufmerksamkeit bescherten, kam Japan nicht einmal auf die Hälfte. Abes Nachfolger Yoshihide Suga verschob die Ziellinie auf «möglichst bald in den 2020ern». Nun versucht sich Kishida daran.

Die Anreize, Frauen stärker ins Berufsleben zu integrieren, sind in Japan überaltert und schrumpft im Rekordtempo. Im Juli veröffentlichte Zahlen des Innenministeriums belegen: Japanische Staatsbürger machten 2022 nur



Die japanische Regierung will mehr Frauen an den Arbeitsplatz holen. Doch die Bedingungen dafür sind schwierig.

GETTY

noch 122,4 Millionen aus, über eine halbe Million weniger als im Vorjahr. Besserung ist nicht in Sicht: Seit Jahren sinkt die Geburtenrate. Laut Prognosen dürften im Jahr 2070 nur noch 87 Millionen Menschen in Japan leben. Der Ausgleich durch mehr Einwanderung kommt für die Inselnation nur innerhalb strikter Grenzen infrage – ausgewählte Branchen, beschränkte Aufenthaltsdauer, strikte Prüfungen. Lieber setzt Japans Regierung auf Frauen.

Schieden noch vor 15 Jahren rund 70 Prozent der Japanerinnen mit der Heirat oder dem ersten Kind aus dem Arbeitsmarkt aus, ist die Frauen-erwerbstätigkeit dank Massnahmen wie mehr Kinderbetreuung und Karriereförderung von 64 Prozent (2010) auf 74 Prozent (2021) gestiegen, wie Daten der Weltbank zeigen. Doch in den Chef-etagen bleiben Frauen mit nur 8 Prozent bei Firmen mit mehr als 5000 Angestellten rar. Bei kleinen und mittleren Unternehmen sind es immerhin 21 Prozent. Während Männer fast automatisch auf die Karriereleiter gesetzt werden, bleibt für Frauen häufig nur der Pfad von Zuarbeit, Zeitarbeit oder Teilzeit. Dieser hat durchaus Vorteile: weni-

ger Überstunden, weniger durchzechte Nächte mit Kunden und Kollegen und keine Gefahr, alle paar Jahre an einen anderen Standort versetzt zu werden. Die Nachteile zeigen sich in Form fehlender Aufstiegschancen sowie auf dem Gehaltszettel: Japanerinnen verdienen laut der Beratungsfirma Willis Towers, die die Bilanzen von 2000 Unternehmen im Juli analysiert hat, im Durchschnitt nur rund 67 Prozent der Saläre der Männer.

Väter an Auszeit interessiert

Etwas hat sich zumindest gebessert: Über die Diskriminierung von Frauen und Müttern am Arbeitsplatz zu sprechen, ist kein Tabu mehr. Damals habe sie sich sehr allein gefühlt, sagt Osakabe im Gespräch. Heute ist der Ausdruck «mata hara», die Kurzform von «maternity harassment», in den japanischen Sprachschatz eingegangen. 2014 gründete Osakabe die Hilfsorganisation Matahara Net. 2015 erhielt sie dafür als eine von wenigen Preisträgerinnen aus einem Nichtentwicklungsland den «International Women of Courage Award» von amerikanischen Ausssen-

der Familienmitglieder, sagt Osakabe. Und die wenigsten Ehemänner sind so engagiert wie ihr Partner, der bei einer Consultingfirma arbeitet: Während sie das Kochen übernimmt, macht er die Wäsche und den Abwasch.

Auch hier besteht für Japan noch Potenzial, die Weichen zu stellen. Denn neben der Höhe des Haushaltseinkommens spielt die Unterstützung durch den Ehepartner bei der Entscheidung für oder gegen Kinder und für oder gegen Karriere eine wichtige Rolle. Ein Umdenken findet bereits statt. So ist es für japanische Männer einfacher geworden, Erziehungsurlaub zu nehmen. Würde noch vor wenigen Jahren jeder Mann bejubelt, der eine Woche freinahm, geht nun der Trend zu einem Monat und länger. Laut neusten Daten nahmen jüngst 17 Prozent der Väter nach der Geburt eine Auszeit – allerdings wird schon mitgezählt, wer auch nur einen einzigen Tag für sein Neugeborenes freinimmt.

«Was soll das mit den Kindern?»

Dass Japan angesichts der sichtbaren Fortschritte im Gender-Gap-Report so abgestürzt ist, liegt auch daran, dass sich die Lage in anderen Ländern viel schneller verbessert hat. Gerade in der japanischen Politik besteht für Frauen noch viel Luft nach oben: Mit Rang 138 zählt Japan weltweit zu den Schlusslichtern. Nur jede zehnte Person in Parlamenten ist weiblich, Ministerinnen gibt es noch weniger. Ein Foto vom G-7-Ministertreffen zum Thema Gender im Juni brachte Japan Spott ein – als einziges G-7-Land hatte es einen Mann in das Amt berufen.

Osakabe, die inzwischen selbst in die Politik eingestiegen ist, kann davon ein Lied singen: «Japans grösstes Problem sind die vielen alten Männer überall, die an ihren Posten festkleben», sagt sie. Symptomatisch für den Mangel an Verständnis gegenüber Frauen und Müttern in der Politik war die Reaktion auf Osakabes Wahlplakat, mit dem sie sich 2019 erstmals für ein politisches Amt bewarb. «Was soll das mit den Kindern?», sei sie gefragt worden. Ihr Plakat zeigte zwei kleine Kinder, die sie umarmten. Es waren ihre eigenen, damals unter einem und zwei Jahre alt.

Die heute 46-Jährige sitzt seit dem Frühjahr im Bezirksparlament von Aoba in der Millionenstadt Yokohama. Dort ist sie die einzige «Mama-Abgeordnete». Sie hoffe nun, durch ihre politische Arbeit trotz zwei kleinen Kindern für andere Frauen als Vorbild zu wirken.

Die SVP kämpft gegen Windmühlen

In Gemeinden, Kantonen und beim Bund torpediert die Partei erneuerbare Energien

ERICH ASCHWANDEN

Magdalena Martullo-Blocher wirft sich nur in die Schlacht, wenn es um wirklich Wichtiges geht. Dabei gehört offensichtlich der Schutz der Bündner Berge zu ihren Prioritäten. Die SVP-Nationalrätin sparte auf jeden Fall nicht mit harten Worten, als sie im Juni gegen die Windkraftpläne des Kantons Graubünden mobil machte.

Martullo bezeichnete es als Affront, dass die 25 im Richtplan ausgewiesenen Windparkzonen «voll in den schönsten Tourismusgebieten liegen». Und dies, obwohl Windräder nichts für die Versorgungssicherheit bringen würden, weil sie viel zu wenig Strom lieferten. Aufgepeppt wird der Frontalangriff auf der Website der SVP Graubünden mit beängstigenden Visualisierungen, unter anderem von Windrädern auf dem Davoser Jakobshorn. Der «Blick» erklärte die streitbare Politikerin denn auch zur «Doña Quijote» im Kampf gegen die Windmühlen.

Immerhin bleibt Martullo ihrer Scholle treu, ist sie doch Vizepräsidentin der SVP Graubünden und Chefin der Ems-Chemie, deren Werksgelände in Domat/Ems in einem Windkraftgebiet zu liegen käme. Über den Gartenhag hinaus frisst ihr Parteikollege Gregor Bruhin. Der Zuger Kantonsrat hat Anfang August im Zuger Parlament einen Vorstoss eingereicht, der das ohnehin angespannte Verhältnis zum Nachbarkanton Zürich zusätzlich belasten dürfte.

Zug soll in Zürich intervenieren

Bruhin ist wie Martullo-Blocher gegen die Errichtung neuer Windräder – und zwar im Nachbarkanton. Der Zürcher Baudirektor Martin Neukom (Grüne) hat im Oktober 2022 Pläne vorgestellt, wonach bis 2050 rund 120 Windräder Strom produzieren sollen. Auf der Liste potenzieller Standorte finden sich solche in den Gemeinden Kappel am Albis, Mettenstetten, Maschwanden, Knodau und Obfelden. Sie alle liegen an der Kantonsgrenze zu Zug.

Bruhin sorgt sich in erster Linie um den Steinhauser Wald, der zwar mehrheitlich auf Zuger Kantonsgelände, aber teilweise auch im Kanton Zürich liegt. «Was hier entlang der Kantonsgrenze geplant wird, betrifft uns stark und schmälert unsere Lebensqualität», erklärt der SVP-Parlamentarier auf Anfrage der NZZ. Er fordert die Zuger Regierung deshalb auf, «alle zur Ver-



Der Windpark Sainte-Croix (VD) soll nach dem Willen der SVP nicht zum Vorbild für weitere Anlagen in der Schweiz werden. KEYSTONE

fügung stehenden Mittel zu ergreifen», damit die Windräder nie errichtet werden. Konkret soll dies im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens geschehen. «Für mich ist klar, dass die vom Kanton Zürich geplanten Anlagen in erster Linie ideologisch bedingt sind», sagt Bruhin. Der Bau von Windkraftanlagen sei weder wirtschaftlich noch energiepolitisch sinnvoll. «Solche Anlagen produzieren in der Schweiz einfach zu wenig Strom. Die negativen Effekte für Mensch und Natur überwiegen eindeutig», sagt er. Die meisten Experten teilen diese Meinung jedoch nicht. Windräder haben nämlich den Vorteil, dass sie häufig dann Strom liefern, wenn keine Sonnenenergie anfällt. Also im Winter, wenn Engpässe am wahrscheinlichsten sind.

Mit den betroffenen Gemeinden im Nachbarkanton hat sich Bruhin bisher nicht in Verbindung gesetzt. Allerdings haben SVP-Vertreter in mehreren Zürcher Gemeinden Einzelinitiativen eingereicht, mit denen die Errichtung von Windrädern stark erschwert oder gar verhindert werden soll. Diese Bemühun-

gen zeigen durchaus Erfolg. So hat die ehemalige Gemeindepräsidentin und Nationalrätin Therese Schläpfer durchgesetzt, dass in Hagenbuch bei Winterthur zwischen bewohnten Gebäuden und Windkraftanlagen ein Abstand von 1000 Metern eingehalten werden muss. Bisher lag der Mindestabstand bei 300 Metern.

Inzwischen macht das «Modell Hagenbuch» Schule. In Hombrechtikon, Stäfa und Küsnacht hat die SVP inzwischen ähnlich lautende Initiativen eingereicht. In Küsnacht personalisiert die SVP-Kantonsrätin und Nationalratskandidatin Nina Fehr Düsel den Widerstand meist einfach mobilisieren. Häufig mischen denn auch SVP-Exponenten an vorderster Front von Bürgerkomitees mit.

Das Vorgehen der SVP, in Gemeinden, Kantonen und beim Bund neue Windanlagen zu torpedieren, hat System. Wo immer es geht, spricht sich die Partei gegen eine Beschleunigung der Verfahren für grössere Wind- und Solaranlagen, die mit denen die Errichtung von Windrädern stark erschwert oder gar verhindert werden soll. Diese Bemühun-

gen sind es nur folgerichtig, dass die SVP Zürich inzwischen im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht hat, die weit über einzelne Gemeinden hinausgeht. Die Partei fordert nämlich, dass der Mindestabstand zwischen einer industriellen Windanlage (Nabenhöhe ab 50 Meter) zu bestehenden, bewohnten oder teilweise bewohnten Gebäuden 1000 Meter betragen muss. Ähnliche Vorstösse haben Martullo-Blochers Bündner SVP und mehrere SVP-Kantonsräte im Thurgau eingereicht.

Therese Schläpfer führt inzwischen die Blockadepolitik, mit der sie auf Gemeindeebene erfolgreich war, weiter auf die nationale Ebene. Per Motion fordert sie den Bundesrat auf, den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten auf mindestens das Siebenfache der Gesamthöhe des Windrades festzulegen. In seiner Stellungnahme erteilt der Bundesrat dieser Idee eine Abfuhr. Sollte der Mindestabstand tatsächlich derart stark erhöht werden, würde die Zahl der Windenergieprojekte, welche die Kantone bereits in ihren Richtplänen festgesetzt haben, stark reduziert werden oder vielfach ganz wegfallen.

Rösti war stets gegen Windkraft

Ob auch SVP-Bundesrat Albert Rösti persönlich die Meinung teilt, dass Windräder ein wichtiger Bestandteil des schweizerischen Strommix werden könnten? Offiziell weiss man das nicht, aber es ist zu bezweifeln. Während seiner Zeit als Nationalrat und SVP-Präsident war er ein bekennender Gegner der Windkraft. Umso brisanter war es, dass eines der ersten Binnland, die er im Nationalrat als Energieminister vertreten musste, der sogenannte Windexpres war. Dieser sieht die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windparks vor.

Natürlich fiel Rösti nicht aus seiner neuen Rolle. Er begann sein Votum mit der Phrase: «Ich lege Ihnen gerne die Haltung des Bundesrates vor.» Auch später sprach er immer vom «Bundesrats», der den Zubau der Windenergie mit diesem Vorhaben rasch stärken wolle. Anscheinend hat Rösti seine Sache gut gemacht, hielt sich die Kritik seiner in dieser Angelegenheit unterlegenen Parteikollegen doch in engen Grenzen. Schliesslich verzichtete die SVP sogar auf das Referendum gegen den Beschluss. Rösti wird dafür danken. Gleich bei der ersten Volksabstimmung im Gegenwind seiner eigenen Partei zu stehen, wäre hart gewesen.

Masslose Zuwanderung ist die Wurzel des Übels

Wo immer es ungelöste Probleme gibt: Die Ursachen stehen in engstem Zusammenhang mit der ungebremsten Immigration in unser kleines Land

CHRISTOPH BLOCHER

Ich höre und lese es täglich: Die Menschen in der Schweiz machen sich grosse Sorgen, so zum Beispiel wegen der Umwelt. Tatsächlich wird täglich eine Fläche von acht Fussballfeldern überbaut. Mehr und mehr Grünfläche verschwindet unter Beton. Nicht nur Grüne klagen. Die Landwirtschaft ist gezwungen, auf immer weniger Fläche immer mehr Menschen zu versorgen. Nicht nur Bauern klagen.

Die Menschen sorgen sich auch um die Sozialwerke und die jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Dazu kommt die gefährdete Versorgungssicherheit in Bezug auf Strom. Sorgen machen sich Mütter und Väter über die Qualität unserer Schulen. Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Gewalt und Kriminalität haben beängstigend zugenommen.

Woran liegt das alles? Sagen wir es offen: am masslosen Bevölkerungswachstum. Wo immer es ungelöste Probleme gibt: Die Ursachen stehen in engstem Zusammenhang mit der ungebremsten Zuwanderung in unser kleines Land. In den letzten 20 Jahren ist die Schweizer Bevölkerung jedes Jahr um durchschnittlich 75 000 Menschen gewachsen. Damit wuchs die Schweiz gemäss Uno

16-mal schneller als Deutschland. Selbst in absoluten Zahlen übertrafen wir mit plus 1,5 Millionen Einwohnern das 9-mal grössere Deutschland mit seinen plus 1,1 Millionen. Alle Zugewanderten brauchen eine Wohnung. Sie wollen mobil sein. Sie brauchen Strom und Wasser, staatliche Leistungen, eine optimale Gesundheitsversorgung und ein erfolgreiches Schul- und Bildungssystem.

Im letzten Jahr wuchs die Bevölkerung netto sogar um rund 180 000 Menschen, was der Bevölkerung der Stadt Basel entspricht: 81 345 «ordentliche» Zuwanderer (aus EU/Efta und Drittstaaten), 24 511 Asylbewerber und rund 70 000 Schutzsuchende aus der Ukraine. Was heisst das konkret?

Permanent am Anschlag

Allein diese Zugewanderten brauchen – im Schnitt – so viel Strom wie 40 Prozent des stillgelegten Kernkraftwerks Mühleberg. Sie belegen eine Siedlungsfläche von fast 10 000 Fussballfeldern. Es bedeutet 97 000 Autos mehr auf den Strassen. Dazu kommt der Neubau von mehr als 82 000 Wohnungen, der Bedarf an rund 800 Spitalbetten, 4700 Pflegenden sowie 800 zusätzlichen Ärzten.

Genügend Fachpersonal für eine derartige Zuwanderung auszubilden, ist schlicht unmöglich. Der «Fachkräftemangel» nimmt dadurch zu, was zu noch mehr Zuwanderung führt: eine Endlosschleife. Grosszügige Sozialleistungen fördern den Familiennachzug von Zuwanderern ohne Einkommen. Nur jeder zweite «ordentliche» Zugewanderte ist erwerbstätig. 47 Prozent der Bezüger von Arbeitslosengeldern sind Ausländer, obwohl deren Anteil nur 26 Prozent ausmacht. Alle beanspruchen die Infrastrukturen, das Gesundheits- und Schulwesen und Dienstleistungen. All dies braucht wieder Fachkräfte.

Rund vier Fünftel der zusätzlichen Wohnfläche der letzten 20 Jahre wurden wegen des Bevölkerungsanstiegs gebaut. Obwohl der Wohnungsbau auf Hochtouren läuft – selbst im Krisenjahr 2020 wurden 71 Prozent mehr Wohnungen gebaut als noch 2001 –, herrscht Wohnungsknappheit. Die Staubbelastung auf den Strassen hat sich seit 2000 mehr als vervierfacht. Unser Gesundheitssystem ist permanent am Anschlag – trotz 54 Prozent mehr Ärzten gegenüber 2002 und obwohl keine Pandemie mehr herrscht. Eine Lehrerin erzählte mir, sie habe eine Schulklasse, in der gerade

zwei Kinder Schweizerdeutsch redeten. Wer integriert hier wen?

Handlungsunfähige Politiker

Das Hauptproblem sind die Duldung dieser masslosen Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit und der fehlende Handlungswille im Asylbereich. Es fehlt nicht an gesetzlichen Grundlagen, sondern an tätigen Politikern.

Volk und Stände haben 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen und damit der vollen Personenfreizügigkeit eine Absage erteilt. Doch das Parlament hat sich dem Verfassungsauftrag in schändlicher Weise verweigert und die Volksinitiative nicht umgesetzt.

Was das Asylwesen betrifft, habe ich 2006 als damaliger Justizminister im Auftrag des Bundesrates eine entsprechende Vorlage zur Volksabstimmung gebracht, die mit 68 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde. Seither ist klar geregelt, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Nur muss es gemacht werden. Doch das fehlt es.

Das Asylgesetz ermöglicht echten Flüchtlingen eine Zuflucht. Es ist eine harte und undankbare tägliche Aufgabe, die Missbrauchsfälle nicht zuzulassen, um

den Schleppern das Handwerk zu legen. Doch es wird nicht gehandelt. 2023 wird eine rekordhohe Zahl von Asylgesuchen erwartet. Die Verantwortlichen suchen für Asylsuchende Wohnungen, statt die Asylmissbräuche zu unterbinden.

Was ist zu tun? Wir brauchen Politiker, die endlich ihre Arbeit tun. Auch die undankbare. Das wäre der Sinn der Wahlen. Konkret: Am 22. Oktober müssen Politiker gewählt werden, welche die masslose Zuwanderung und den Asylmissbrauch endlich unterbinden. Politiker, die den Volkswillen nicht missachten, sondern vom Souverän beschlossene Verfassungsgrundsätze und Gesetze umsetzen.

Christoph Blocher ist SVP-Politiker, ehemaliger Bundesrat und Unternehmer.

LAUTER PROBLEME

Zuwanderung, Polarisierung oder Stadt-Land-Gaben: Die Schweiz hat verschiedene Herausforderungen zu bewältigen. In einer Artikelserie widmen sich verschiedene Persönlichkeiten einem Problem, das es zu lösen gilt.

NZZ nzz.ch/schweiz/probleme

NZZ PRO Global

Unser Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

Zeitenwende und verschärfter Systemwettbewerb: «NZZ PRO Global» bietet Ihnen vertiefte Analysen und umfassende Einordnungen zu den geopolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen.

Lernen Sie uns kennen unter nzz.ch/pro-global